

Inhalt

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz – AGG

Abschnitt 1 – Allgemeiner Teil	26
§ 1 Ziel des Gesetzes	26
§ 2 Anwendungsbereich	26
§ 3 Begriffsbestimmungen	26
§ 4 Unterschiedliche Behandlung wegen mehrerer Gründe	27
§ 5 Positive Maßnahmen	27
Abschnitt 2 – Schutz der Beschäftigten vor Benachteiligung	27
Unterabschnitt 1 – Verbot der Benachteiligung	27
§ 6 Persönlicher Anwendungsbereich	27
§ 7 Benachteiligungsverbot	28
§ 8 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen beruflicher Anforderungen	28
§ 9 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder Weltanschauung	28
§ 10 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen des Alters	28
Unterabschnitt 2 – Organisationspflichten des Arbeitgebers	29
§ 11 Ausschreibung	29
§ 12 Maßnahmen und Pflichten des Arbeitgebers	29
Unterabschnitt 3 – Rechte der Beschäftigten	30
§ 13 Beschwerderecht	30
§ 14 Leistungsverweigerungsrecht	30
§ 15 Entschädigung und Schadensersatz	30
§ 16 Maßregelungsverbot	30
Unterabschnitt 4 – Ergänzende Vorschriften	31
§ 17 Soziale Verantwortung der Beteiligten	31
§ 18 Mitgliedschaft in Vereinigungen	31
Abschnitt 3 – Schutz vor Benachteiligung im Zivilrechtsverkehr	31
§ 19 Zivilrechtliches Benachteiligungsverbot	31
§ 20 Zulässige unterschiedliche Behandlung	32
§ 21 Ansprüche	32
Abschnitt 4 – Rechtsschutz	33
§ 22 Beweislast	33
§ 23 Unterstützung durch Antidiskriminierungsverbände	33
Abschnitt 5 – Sonderregelungen für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	33
§ 24 Sonderregelung für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	33
Abschnitt 6 – Antidiskriminierungsstelle	33
§ 25 Antidiskriminierungsstelle des Bundes	33
§ 26 Rechtsstellung der Leitung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes	34
§ 27 Aufgaben	34
§ 28 Befugnisse	35
§ 29 Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und anderen Einrichtungen	35
§ 30 Beirat	35
Abschnitt 7 – Schlussvorschriften	36
§ 31 Unabdingbarkeit	36
§ 32 Schlussbestimmung	36
§ 33 Übergangsbestimmungen	36

Arbeitsgerichtsgesetz (Auszug) – ArbGG

§ 61b	Klage wegen Benachteiligung	38
-------	-----------------------------------	----

Arbeitszeitgesetz – ArbZG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften	40
§ 1 Zweck des Gesetzes.....	40
§ 2 Begriffsbestimmungen.....	40
Zweiter Abschnitt – Werktägliche Arbeitszeit und arbeitsfreie Zeiten	40
§ 3 Arbeitszeit der Arbeitnehmer.....	40
§ 4 Ruhepausen.....	40
§ 5 Ruhezeit	40
§ 6 Nacht- und Schichtarbeit	41
§ 7 Abweichende Regelungen	41
§ 8 Gefährliche Arbeiten	43
Dritter Abschnitt – Sonn- und Feiertagsruhe.....	43
§ 9 Sonn- und Feiertagsruhe	43
§ 10 Sonn- und Feiertagsbeschäftigung	43
§ 11 Ausgleich für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung.....	45
§ 12 Abweichende Regelungen	45
§ 13 Ermächtigung, Anordnung, Bewilligung	45
Vierter Abschnitt – Ausnahmen in besonderen Fällen	46
§ 14 Außergewöhnliche Fälle.....	46
§ 15 Bewilligung, Ermächtigung.....	47
Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes	48
§ 16 Aushang und Arbeitszeitznachweise	48
§ 17 Aufsichtsbehörde.....	48
Sechster Abschnitt – Sonderregelungen	49
§ 18 Nichtanwendung des Gesetzes	49
§ 19 Beschäftigung im öffentlichen Dienst.....	49
§ 20 Beschäftigung in der Luftfahrt.....	49
§ 21 Beschäftigung in der Binnenschifffahrt	49
§ 21a Beschäftigung im Straßentransport.....	50
Siebter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften	51
§ 22 Bußgeldvorschriften	51
§ 23 Strafvorschriften.....	51
Achter Abschnitt – Schlussvorschriften	51
§ 24 Umsetzung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Rechtsakten der EG	51
§ 25 Übergangsvorschriften für Tarifverträge	51

Bürgerliches Gesetzbuch (Auszug) – BGB

§ 611a	Arbeitsvertrag	54
§ 612	Vergütung	54
§ 612a	Maßregelungsverbot	54

Jugendarbeitsschutzgesetz – JArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften	56
§ 1 Geltungsbereich	56
§ 2 Kind, Jugendlicher	56
§ 3 Arbeitgeber	56

§ 4	Arbeitszeit	56
Zweiter Abschnitt – Beschäftigung von Kindern		56
§ 5	Verbot der Beschäftigung von Kindern	56
§ 6	Behördliche Ausnahmen für Veranstaltungen	57
§ 7	Beschäftigung von nicht vollzeitschulpflichtigen Kindern	58
Dritter Abschnitt – Beschäftigung Jugendlicher		58
Erster Titel – Arbeitszeit und Freizeit		58
§ 8	Dauer der Arbeitszeit	58
§ 9	Berufsschule	58
§ 10	Prüfungen und außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen	59
§ 11	Ruhepausen, Aufenthaltsräume	59
§ 12	Schichtzeit	59
§ 13	Tägliche Freizeit	59
§ 14	Nachruhe	59
§ 15	Fünf-Tage-Woche	60
§ 16	Samstagsruhe	60
§ 17	Sonntagsruhe	61
§ 18	Feiertagsruhe	61
§ 19	Urlaub	61
§ 20	Binnenschifffahrt	62
§ 21	Ausnahmen in besonderen Fällen	62
§ 21a	Abweichende Regelungen	63
§ 21b	Ermächtigung	63
Zweiter Titel – Beschäftigungsverbote und -beschränkungen		63
§ 22	Gefährliche Arbeiten	63
§ 23	Akkordarbeit, tempoabhängige Arbeiten	64
§ 24	Arbeiten unter Tage	64
§ 25	Verbot der Beschäftigung durch bestimmte Personen	65
§ 26	Ermächtigungen	65
§ 27	Behördliche Anordnungen und Ausnahmen	65
Dritter Titel – Sonstige Pflichten des Arbeitgebers		66
§ 28	Menschengerechte Gestaltung der Arbeit	66
§ 28a	Beurteilung der Arbeitsbedingungen	66
§ 29	Unterweisung über Gefahren	66
§ 30	Häusliche Gemeinschaft	67
§ 31	Züchtigungsverbot; Verbot der Abgabe von Alkohol und Tabak	67
Vierter Titel – Gesundheitliche Betreuung		67
§ 32	Erstuntersuchung	67
§ 33	Erste Nachuntersuchung	67
§ 34	Weitere Nachuntersuchungen	68
§ 35	Außerordentliche Nachuntersuchung	68
§ 36	Ärztliche Untersuchungen und Wechsel des Arbeitgebers	68
§ 37	Inhalt und Durchführung der ärztlichen Untersuchungen	68
§ 38	Ergänzungsuntersuchung	68
§ 39	Mitteilung, Bescheinigung	68
§ 40	Bescheinigung mit Gefährdungsvermerk	69
§ 41	Aufbewahren der ärztlichen Bescheinigungen	69
§ 42	Eingreifen der Aufsichtsbehörde	69
§ 43	Freistellung für Untersuchungen	69
§ 44	Kosten der Untersuchungen	69
§ 45	Gegenseitige Unterrichtung der Ärzte	69
§ 46	Ermächtigungen	69

Vierter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes	70
Erster Titel – Aushänge und Verzeichnisse	70
§ 47 Bekanntgabe des Gesetzes und der Aufsichtsbehörde	70
§ 48 Aushang über Arbeitszeit und Pausen	70
§ 49 Verzeichnisse der Jugendlichen	70
§ 50 Auskunft; Vorlage der Verzeichnisse	70
Zweiter Titel – Aufsicht	71
§ 51 Aufsichtsbehörde; Besichtigungsrechte und Berichtspflicht	71
§ 52 (weggefallen)	71
§ 53 Mitteilung über Verstöße	71
§ 54 Ausnahmegewilligungen	71
Dritter Titel – Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz	71
§ 55 Bildung des Landesausschusses für Jugendarbeitsschutz	71
§ 56 Bildung des Ausschusses für Jugendarbeitsschutz bei der Aufsichtsbehörde	72
§ 57 Aufgaben der Ausschüsse	72
Fünfter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften	73
§ 58 Bußgeld- und Strafvorschriften	73
§ 59 Bußgeldvorschriften	75
§ 60 Verwaltungsvorschriften für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	75
Sechster Abschnitt – Schlussvorschriften	75
§ 61 Beschäftigung von Jugendlichen auf Kauffahrteischiffen	75
§ 62 Beschäftigung im Vollzug einer Freiheitsentziehung	76
§§ 63–70 (weggefallen)	76
§ 71 (aufgehoben)	76
§ 72 Inkrafttreten	76

Ladenschlussgesetz – LadSchlG

Erster Abschnitt – Begriffsbestimmungen	78
§ 1 Verkaufsstellen	78
§ 2 Begriffsbestimmungen	78
Zweiter Abschnitt – Ladenschlusszeiten	78
§ 3 Allgemeine Ladenschlusszeiten	78
§ 4 Apotheken	78
§ 5 Zeitungen und Zeitschriften	78
§ 6 Tankstellen	79
§ 7 (weggefallen)	79
§ 8 Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen	79
§ 9 Verkaufsstellen auf Flughäfen und in Fährhäfen	79
§ 10 Kur- und Erholungsorte	80
§ 11 Verkauf in ländlichen Gebieten an Sonntagen	80
§ 12 Verkauf bestimmter Waren an Sonntagen	80
§ 13 (weggefallen)	80
§ 14 Weitere Verkaufssonntage	80
§ 15 Sonntagsverkauf am 24. Dezember	81
§ 16 (weggefallen)	81
Dritter Abschnitt – Besonderer Schutz der Arbeitnehmer	81
§ 17 Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen	81
Vierter Abschnitt – Bestimmungen für einzelne Gewerbezeile und für den Marktverkehr	82
§§ 18 und 18a (weggefallen)	82
§ 19 Marktverkehr	82
§ 20 Sonstiges gewerbliches Feilhalten	82

Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes	83
§ 21 Auslage des Gesetzes, Verzeichnisse	83
§ 22 Aufsicht und Auskunft	83
§ 23 Ausnahmen im öffentlichen Interesse	83
Sechster Abschnitt – Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	84
§ 24 Ordnungswidrigkeiten	84
§ 25 Straftaten	84
§ 26 (weggefallen)	84
Siebenter Abschnitt – Schlussbestimmungen	85
§ 27 Vorbehalt für die Landesgesetzgebung	85
§ 28 Bestimmung der zuständigen Behörden	85
§§ 29 und 30 (weggefallen)	85
§ 31 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)	85

Mutterschutzgesetz – MuSchG

Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften	88
§ 1 Anwendungsbereich, Ziel des Mutterschutzes	88
§ 2 Begriffsbestimmungen	88
Abschnitt 2 – Gesundheitsschutz	89
Unterabschnitt 1 – Arbeitszeitlicher Gesundheitsschutz	89
§ 3 Schutzfristen vor und nach der Entbindung	89
§ 4 Verbot der Mehrarbeit; Ruhezeit	90
§ 5 Verbot der Nachtarbeit	90
§ 6 Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit	91
§ 7 Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen	91
§ 8 Beschränkung von Heimarbeit	91
Unterabschnitt 2 – Betrieblicher Gesundheitsschutz	92
§ 9 Gestaltung der Arbeitsbedingungen; unverantwortbare Gefährdung	92
§ 10 Beurteilung der Arbeitsbedingungen; Schutzmaßnahmen	93
§ 11 Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für schwangere Frauen	93
§ 12 Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für stillende Frauen	95
§ 13 Rangfolge der Schutzmaßnahmen: Umgestaltung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzwechsel und betriebliches Beschäftigungsverbot	96
§ 14 Dokumentation und Information durch den Arbeitgeber	97
§ 15 Mitteilungen und Nachweise der schwangeren und stillenden Frauen	97
Unterabschnitt 3 – Ärztlicher Gesundheitsschutz	97
§ 16 Ärztliches Beschäftigungsverbot	97
Abschnitt 3 – Kündigungsrecht	97
§ 17 Kündigungsverbot	97
Abschnitt 4 – Leistungen	98
§ 18 Mutterschutzlohn	98
§ 19 Mutterschaftsgeld	98
§ 20 Zuschuss zum Mutterschaftsgeld	99
§ 21 Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts	99
§ 22 Leistungen während der Elternzeit	100
§ 23 Entgelt bei Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen	100
§ 24 Fortbestehen des Erholungsurlaubs bei Beschäftigungsverboten	100
§ 25 Beschäftigung nach dem Ende des Beschäftigungsverbots	100
Abschnitt 5 – Durchführung des Gesetzes	100
§ 26 Aushang des Gesetzes	100

§ 27	Mitteilungs- und Aufbewahrungspflichten des Arbeitgebers, Offenbarungsverbot der mit der Überwachung beauftragten Personen	100
§ 28	Behördliches Genehmigungsverfahren für eine Beschäftigung zwischen 20 Uhr und 22 Uhr	101
§ 29	Zuständigkeit und Befugnisse der Aufsichtsbehörden, Jahresbericht	102
§ 30	Ausschuss für Mutterschutz	103
§ 31	Erlass von Rechtsverordnungen	104
Abschnitt 6 – Bußgeldvorschriften, Strafvorschriften		104
§ 32	Bußgeldvorschriften	104
§ 33	Strafvorschriften	105
Abschnitt 7 – Schlussvorschriften		105
§ 34	Evaluationsbericht	105

Arbeitsschutzgesetz – ArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		108
§ 1	Zielsetzung und Anwendungsbereich	108
§ 2	Begriffsbestimmungen	108
Zweiter Abschnitt – Pflichten des Arbeitgebers		108
§ 3	Grundpflichten des Arbeitgebers	108
§ 4	Allgemeine Grundsätze	109
§ 5	Beurteilung der Arbeitsbedingungen	109
§ 6	Dokumentation	109
§ 7	Übertragung von Aufgaben	110
§ 8	Zusammenarbeit mehrerer Arbeitgeber	110
§ 9	Besondere Gefahren	110
§ 10	Erste Hilfe und sonstige Notfallmaßnahmen	110
§ 11	Arbeitsmedizinische Vorsorge	111
§ 12	Unterweisung	111
§ 13	Verantwortliche Personen	111
§ 14	Unterrichtung und Anhörung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes	112
Dritter Abschnitt – Pflichten und Rechte der Beschäftigten		112
§ 15	Pflichten der Beschäftigten	112
§ 16	Besondere Unterstützungspflichten	112
§ 17	Rechte der Beschäftigten	112
Vierter Abschnitt – Verordnungsermächtigungen		113
§ 18	Verordnungsermächtigungen	113
§ 19	Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften und zwischenstaatliche Vereinbarungen	113
§ 20	Regelungen für den öffentlichen Dienst	114
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie		114
§ 20a	Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie	114
§ 20b	Nationale Arbeitsschutzkonferenz	115
Sechster Abschnitt – Schlußvorschriften		115
§ 21	Zuständige Behörden, Zusammenwirken mit den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung	115
§ 22	Befugnisse der zuständigen Behörden	117
§ 23	Betriebliche Daten, Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Jahresbericht, Bundesfachstelle	118
§ 24	Ermächtigung zum Erlaß von allgemeinen Verwaltungsvorschriften	119
§ 24a	Ausschuss für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit	119
§ 25	Bußgeldvorschriften	120
§ 26	Strafvorschriften	120

Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV

§ 1	Ziel, Anwendungsbereich	124
-----	-------------------------------	-----

§ 2	Begriffsbestimmungen	124
§ 3	Gefährdungsbeurteilung.....	126
§ 3a	Einrichten und Betreiben von Arbeitsstätten	126
§ 4	Besondere Anforderungen an das Betreiben von Arbeitsstätten	127
§ 5	Nichtraucherschutz	127
§ 6	Unterweisung der Beschäftigten	128
§ 7	Ausschuss für Arbeitsstätten	128
§ 8	Übergangsvorschriften.....	129
§ 9	Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	129
Anhang	130

Betriebssicherheitsverordnung (Auszug) – BetrSichV

Abschnitt 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen		146
§ 1	Anwendungsbereich und Zielsetzung	146
§ 2	Begriffsbestimmungen	146
Abschnitt 2 – Gefährdungsbeurteilung und Schutzmaßnahmen.....		147
§ 3	Gefährdungsbeurteilung.....	147
§ 4	Grundpflichten des Arbeitgebers	149
§ 5	Anforderungen an die zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel.....	150
§ 6	Grundlegende Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....	151
§ 7	Vereinfachte Vorgehensweise bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....	151
§ 8	Schutzmaßnahmen bei Gefährdungen durch Energien, Inangsetzen und Stillsetzen	152
§ 9	Weitere Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln	153
§ 10	Instandhaltung und Änderung von Arbeitsmitteln	154
§ 11	Besondere Betriebszustände, Betriebsstörungen und Unfälle.....	155
§ 12	Unterweisung und besondere Beauftragung von Beschäftigten	156
§ 13	Zusammenarbeit verschiedener Arbeitgeber	157
§ 14	Prüfung von Arbeitsmitteln	157
Abschnitt 3 – Zusätzliche Vorschriften für überwachungsbedürftige Anlagen.....		158
§ 15	Prüfung vor Inbetriebnahme und vor Wiederinbetriebnahme nach prüfpflichtigen Änderungen.....	158
§ 16	Wiederkehrende Prüfung.....	159
§ 17	Prüfaufzeichnungen und -bescheinigungen.....	159
§ 18	Erlaubnispflicht	160
Abschnitt 4 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Betriebssicherheit.....		161
§ 19	Mitteilungspflichten, behördliche Ausnahmen	161
§ 20	Sonderbestimmungen für überwachungsbedürftige Anlagen des Bundes	162
§ 21	Ausschuss für Betriebssicherheit	163
Abschnitt 5 – Ordnungswidrigkeiten und Straftaten, Schlussvorschriften		164
§ 22	Ordnungswidrigkeiten	164
§ 23	Straftaten.....	166
§ 24	Übergangsvorschriften.....	166

Bundesdatenschutzgesetz – BDSG

Teil 1 – Gemeinsame Bestimmungen	170
Kapitel 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	170
§ 1 Anwendungsbereich des Gesetzes	170
§ 2 Begriffsbestimmungen	171
Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	172
§ 3 Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen	172
§ 4 Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume	172

Kapitel 3 – Datenschutzbeauftragte öffentlicher Stellen.....	172
§ 5 Benennung	172
§ 6 Stellung.....	172
§ 7 Aufgaben.....	173
Kapitel 4 – Die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.....	174
§ 8 Errichtung	174
§ 9 Zuständigkeit.....	174
§ 10 Unabhängigkeit	174
§ 11 Ernennung und Amtszeit	174
§ 12 Amtsverhältnis.....	175
§ 13 Rechte und Pflichten.....	176
§ 14 Aufgaben.....	177
§ 15 Tätigkeitsbericht.....	178
§ 16 Befugnisse	178
Kapitel 5 – Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle, Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union	179
§ 17 Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle	179
§ 18 Verfahren der Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder	180
§ 19 Zuständigkeiten.....	180
Kapitel 6 – Rechtsbehelfe.....	181
§ 20 Gerichtlicher Rechtsschutz.....	181
§ 21 Antrag der Aufsichtsbehörde auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Rechtswidrigkeit eines Beschlusses der Europäischen Kommission	181
Teil 2 – Durchführungsbestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 2 der Verordnung (EU) 2016/679	182
Kapitel 1 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten.....	182
Abschnitt 1 – Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten und Verarbeitung zu anderen Zwecken.....	182
§ 22 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten.....	182
§ 23 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch öffentliche Stellen.....	183
§ 24 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch nichtöffentliche Stellen.....	184
§ 25 Datenübermittlungen durch öffentliche Stellen	184
Abschnitt 2 – Besondere Verarbeitungssituationen.....	185
§ 26 Datenverarbeitung für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses	185
§ 27 Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken	186
§ 28 Datenverarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken	187
§ 29 Rechte der betroffenen Person und aufsichtsbehördliche Befugnisse im Fall von Geheimhaltungspflichten	187
§ 30 Verbrauchercredite	188
§ 31 Schutz des Wirtschaftsverkehrs bei Scoring und Bonitätsauskünften	188
Kapitel 2 – Rechte der betroffenen Person	189
§ 32 Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person.....	189
§ 33 Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	190
§ 34 Auskunftsrecht der betroffenen Person	191
§ 35 Recht auf Löschung	191
§ 36 Widerspruchsrecht.....	192
§ 37 Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling.....	192
Kapitel 3 – Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter.....	192
§ 38 Datenschutzbeauftragte nichtöffentlicher Stellen.....	192

§ 39	Akkreditierung	193
Kapitel 4 – Aufsichtsbehörde für die Datenverarbeitung durch nichtöffentliche Stellen		193
§ 40	Aufsichtsbehörden der Länder	193
Kapitel 5 – Sanktionen		194
§ 41	Anwendung der Vorschriften über das Bußgeld- und Strafverfahren	194
§ 42	Strafvorschriften	194
§ 43	Bußgeldvorschriften	195
Kapitel 6 – Rechtsbehelfe		195
§ 44	Klagen gegen den Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter	195
Teil 3 – Bestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 1 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2016/680		195
Kapitel 1 – Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen und allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten		195
§ 45	Anwendungsbereich	195
§ 46	Begriffsbestimmungen	196
§ 47	Allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	198
Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten		198
§ 48	Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	198
§ 49	Verarbeitung zu anderen Zwecken	198
§ 50	Verarbeitung zu archivischen, wissenschaftlichen und statistischen Zwecken	199
§ 51	Einwilligung	199
§ 52	Verarbeitung auf Weisung des Verantwortlichen	199
§ 53	Datengeheimnis	199
§ 54	Automatisierte Einzelentscheidung	199
Kapitel 3 – Rechte der betroffenen Person		200
§ 55	Allgemeine Informationen zu Datenverarbeitungen	200
§ 56	Benachrichtigung betroffener Personen	200
§ 57	Auskunftsrecht	200
§ 58	Rechte auf Berichtigung und Löschung sowie Einschränkung der Verarbeitung	202
§ 59	Verfahren für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person	203
§ 60	Anrufung der oder des Bundesbeauftragten	203
§ 61	Rechtsschutz gegen Entscheidungen der oder des Bundesbeauftragten oder bei deren oder dessen Untätigkeit	203
Kapitel 4 – Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter		204
§ 62	Auftragsverarbeitung	204
§ 63	Gemeinsam Verantwortliche	205
§ 64	Anforderungen an die Sicherheit der Datenverarbeitung	205
§ 65	Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die oder den Bundesbeauftragten	206
§ 66	Benachrichtigung betroffener Personen bei Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten	207
§ 67	Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung	208
§ 68	Zusammenarbeit mit der oder dem Bundesbeauftragten	208
§ 69	Anhörung der oder des Bundesbeauftragten	208
§ 70	Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	209
§ 71	Datenschutz durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen	210
§ 72	Unterscheidung zwischen verschiedenen Kategorien betroffener Personen	210
§ 73	Unterscheidung zwischen Tatsachen und persönlichen Einschätzungen	211
§ 74	Verfahren bei Übermittlungen	211
§ 75	Berichtigung und Löschung personenbezogener Daten sowie Einschränkung der Verarbeitung	211
§ 76	Protokollierung	211
§ 77	Vertrauliche Meldung von Verstößen	212

Kapitel 5 – Datenübermittlungen an Drittstaaten und an internationale Organisationen	212
§ 78 Allgemeine Voraussetzungen	212
§ 79 Datenübermittlung bei geeigneten Garantien	213
§ 80 Datenübermittlung ohne geeignete Garantien	213
§ 81 Sonstige Datenübermittlung an Empfänger in Drittstaaten	214
Kapitel 6 – Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden	214
§ 82 Gegenseitige Amtshilfe	214
Kapitel 7 – Haftung und Sanktionen	215
§ 83 Schadensersatz und Entschädigung	215
§ 84 Strafvorschriften	215
Teil 4 – Besondere Bestimmungen für Verarbeitungen im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten	215
§ 85 Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten	215
§ 86 Verarbeitung personenbezogener Daten für Zwecke staatlicher Auszeichnungen und Ehrungen	216

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG

Abschnitt 1 – Elterngeld	218
§ 1 Berechtigte	218
§ 2 Höhe des Elterngeldes	219
§ 2a Geschwisterbonus und Mehrlingszuschlag	220
§ 2b Bemessungszeitraum	221
§ 2c Einkommen aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit	222
§ 2d Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit	222
§ 2e Abzüge für Steuern	223
§ 2f Abzüge für Sozialabgaben	224
§ 3 Anrechnung von anderen Einnahmen	224
§ 4 Bezugsdauer, Anspruchsumfang	225
§ 4a Berechnung von Basiselterngeld und Elterngeld Plus	227
§ 4b Partnerschaftsbonus	227
§ 4c Alleiniger Bezug durch einen Elternteil	227
§ 4d Weitere Berechtigte	228
Abschnitt 2 – Verfahren und Organisation	228
§ 5 Zusammentreffen von Ansprüchen	228
§ 6 Auszahlung	228
§ 7 Antragstellung	228
§ 8 Auskunftspflicht, Nebenbestimmungen	229
§ 9 Einkommens- und Arbeitszeitznachweis, Auskunftspflicht des Arbeitgebers	229
§ 10 Verhältnis zu anderen Sozialleistungen	230
§ 11 Unterhaltspflichten	230
§ 12 Zuständigkeit; Aufbringung der Mittel	231
§ 13 Rechtsweg	231
§ 14 Bußgeldvorschriften	231
Abschnitt 3 – Elternzeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	231
§ 15 Anspruch auf Elternzeit	231
§ 16 Inanspruchnahme der Elternzeit	233
§ 17 Urlaub	234
§ 18 Kündigungsschutz	234
§ 19 Kündigung zum Ende der Elternzeit	235
§ 20 Zur Berufsbildung Beschäftigte, in Heimarbeit Beschäftigte	235
§ 21 Befristete Arbeitsverträge	235

Abschnitt 4 – Statistik und Schlussvorschriften	236
§ 22 Bundesstatistik	236
§ 23 Auskunftspflicht; Datenübermittlung an das Statistische Bundesamt	236
§ 24 Übermittlung von Tabellen mit statistischen Ergebnissen durch das Statistische Bundesamt	237
§ 24a Übermittlung von Einzelangaben durch das Statistische Bundesamt	237
§ 24b Elektronische Unterstützung bei der Antragstellung	237
§ 25 Datenübermittlung durch Landesämter	238
§ 26 Anwendung der Bücher des Sozialgesetzbuches	238
§ 27 Sonderregelung aus Anlass der COVID-19-Pandemie	238
§ 28 Übergangsvorschrift	238

Bundesurlaubsgesetz – BUrlG

§ 1 Urlaubsanspruch	242
§ 2 Geltungsbereich	242
§ 3 Dauer des Urlaubs	242
§ 4 Wartezeit	242
§ 5 Teilurlaub	242
§ 6 Ausschluß von Doppelansprüchen	242
§ 7 Zeitpunkt, Übertragbarkeit und Abgeltung des Urlaubs	242
§ 8 Erwerbstätigkeit während des Urlaubs	243
§ 9 Erkrankung während des Urlaubs	243
§ 10 Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation	243
§ 11 Urlaubsentgelt	243
§ 12 Urlaub im Bereich der Heimarbeit	243
§ 13 Unabdingbarkeit	244
§ 14 Berlin-Klausel	244
§ 15 Änderung und Aufhebung von Gesetzen	245
§ 15a Übergangsvorschrift	245
§ 16 Inkrafttreten	245

Entgeltfortzahlungsgesetz – EntgFG

§ 1 Anwendungsbereich	248
§ 2 Entgeltzahlung an Feiertagen	248
§ 3 Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	248
§ 3a Anspruch auf Entgeltfortzahlung bei Spende von Organen, Geweben oder Blut zur Separation von Blutstammzellen oder anderen Blutbestandteilen	248
§ 4 Höhe des fortzuzahlenden Arbeitsentgelts	249
§ 4a Kürzung von Sondervergütungen	249
§ 5 Anzeige- und Nachweispflichten	250
§ 6 Forderungsübergang bei Dritthaftung	250
§ 7 Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitgebers	250
§ 8 Beendigung des Arbeitsverhältnisses	251
§ 9 Maßnahmen der medizinischen Vorsorge und Rehabilitation	251
§ 10 Wirtschaftliche Sicherung für den Krankheitsfall im Bereich der Heimarbeit	251
§ 11 Feiertagsbezahlung der in Heimarbeit Beschäftigten	252
§ 12 Unabdingbarkeit	253
§ 13 Übergangsvorschrift	253

Familienpflegezeitgesetz – FPFzG

§ 1 Ziel des Gesetzes	256
§ 2 Familienpflegezeit	256
§ 2a Inanspruchnahme der Familienpflegezeit	256

§ 2b	Erneute Familienpflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	257
§ 3	Förderung der pflegebedingten Freistellung von der Arbeitsleistung	257
§ 4	Mitwirkungspflicht des Arbeitgebers	258
§ 5	Ende der Förderfähigkeit.....	258
§ 6	Rückzahlung des Darlehens.....	259
§ 7	Härtefallregelung.....	259
§ 8	Antrag auf Förderung.....	260
§ 9	Darlehensbescheid und Zahlweise.....	261
§ 10	Antrag und Nachweis in weiteren Fällen	261
§ 11	Allgemeine Verwaltungsvorschriften	261
§ 12	Bußgeldvorschriften.....	261
§ 13	Aufbringung der Mittel	261
§ 14	Beirat.....	262
§ 15	Übergangsvorschrift	262
§ 16	Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	262

Gefahrstoffverordnung (Auszug) – GefStoffV

Abschnitt 1 – Zielsetzung, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	266
§ 1 Zielsetzung und Anwendungsbereich	266
§ 2 Begriffsbestimmungen	266
Abschnitt 2 – Gefahrstoffinformation	269
§ 3 Gefahrenklassen	269
§ 4 Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung	270
§ 5 Sicherheitsdatenblatt und sonstige Informationspflichten	271
Abschnitt 3 – Gefährdungsbeurteilung und Grundpflichten	271
§ 6 Informationsermittlung und Gefährdungsbeurteilung.....	271
§ 7 Grundpflichten.....	275
Abschnitt 4 – Schutzmaßnahmen	276
§ 8 Allgemeine Schutzmaßnahmen.....	276
§ 9 Zusätzliche Schutzmaßnahmen.....	278
§ 10 Besondere Schutzmaßnahmen bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden, keimzellmutagenen und reproduktionstoxischen Gefahrstoffen der Kategorie 1A und 1B	279
§ 11 Besondere Schutzmaßnahmen gegen physikalisch-chemische Einwirkungen, insbesondere gegen Brand- und Explosionsgefährdungen	280
§ 12 (weggefallen)	280
§ 13 Betriebsstörungen, Unfälle und Notfälle	280
§ 14 Unterrichtung und Unterweisung der Beschäftigten	281
§ 15 Zusammenarbeit verschiedener Firmen	283
Abschnitt 4a – Anforderungen an die Verwendung von Biozid-Produkten einschließlich der Begasung sowie an Begasungen mit Pflanzenschutzmitteln	283
§ 15a Verwendungsbeschränkungen.....	283
§ 15b Allgemeine Anforderungen an die Verwendung von Biozid-Produkten	284
§ 15c Besondere Anforderungen an die Verwendung bestimmter Biozid-Produkte	284
§ 15d Besondere Anforderungen bei Begasungen	285
§ 15e Ergänzende Dokumentationspflichten	286
§ 15f Anforderungen an den Umgang mit Transporteinheiten.....	286
§ 15g Besondere Anforderungen an Begasungen auf Schiffen.....	287
§ 15h Ausnahmen von Abschnitt 4a	287
Abschnitt 5 – Verbote und Beschränkungen	288
§ 16 Herstellungs- und Verwendungsbeschränkungen	288

§ 17	Nationale Ausnahmen von Beschränkungsregelungen nach der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006	288
Abschnitt 6 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Gefahrstoffe		288
§ 18	Unterrichtung der Behörde.....	288
§ 19	Behördliche Ausnahmen, Anordnungen und Befugnisse.....	289
§ 19a	Anerkennung ausländischer Qualifikationen	290
§ 20	Ausschuss für Gefahrstoffe.....	290
Abschnitt 7 – Ordnungswidrigkeiten, Straftaten und Übergangsvorschriften		291
§ 21	Chemikaliengesetz – Anzeigen	291
§ 22	Chemikaliengesetz – Tätigkeiten	291
§ 23	(weggefallen)	293
§ 24	Chemikaliengesetz – Herstellungs- und Verwendungsbeschränkungen.....	293
§ 25	Übergangsvorschrift.....	294

Geschäftsgeheimnischutzgesetz – GeschGehG

Abschnitt 1 – Allgemeines.....		296
§ 1	Anwendungsbereich	296
§ 2	Begriffsbestimmungen	296
§ 3	Erlaubte Handlungen	296
§ 4	Handlungsverbote.....	297
§ 5	Ausnahmen	297
Abschnitt 2 – Ansprüche bei Rechtsverletzungen		297
§ 6	Beseitigung und Unterlassung	297
§ 7	Vernichtung; Herausgabe; Rückruf; Entfernung und Rücknahme vom Markt	298
§ 8	Auskunft über rechtsverletzende Produkte; Schadensersatz bei Verletzung der Auskunftspflicht.....	298
§ 9	Anspruchsausschluss bei Unverhältnismäßigkeit	298
§ 10	Haftung des Rechtsverletzers	298
§ 11	Abfindung in Geld.....	299
§ 12	Haftung des Inhabers eines Unternehmens	299
§ 13	Herausgabeanspruch nach Eintritt der Verjährung.....	299
§ 14	Missbrauchsverbot	299
Abschnitt 3 – Verfahren in Geschäftsgeheimnisstreitsachen		299
§ 15	Sachliche und örtliche Zuständigkeit; Verordnungsermächtigung.....	299
§ 16	Geheimhaltung	300
§ 17	Ordnungsmittel	300
§ 18	Geheimhaltung nach Abschluss des Verfahrens	300
§ 19	Weitere gerichtliche Beschränkungen.....	300
§ 20	Verfahren bei Maßnahmen nach den §§ 16 bis 19.....	301
§ 21	Bekanntmachung des Urteils.....	301
§ 22	Streitwertbegünstigung.....	302
Abschnitt 4 – Strafvorschriften		302
§ 23	Verletzung von Geschäftsgeheimnissen	302

Kinderarbeitsschutzverordnung – KindArbSchV

§ 1	Beschäftigungsverbot	306
§ 2	Zulässige Beschäftigungen	306
§ 3	Behördliche Befugnisse	306
§ 4	Inkrafttreten	306

Kündigungsschutzgesetz – KSchG

Erster Abschnitt – Allgemeiner Kündigungsschutz.....	308
§ 1 Sozial ungerechtfertigte Kündigungen	308
§ 1a Abfindungsanspruch bei betriebsbedingter Kündigung.....	309
§ 2 Änderungskündigung.....	309
§ 3 Kündigungseinspruch.....	309
§ 4 Anrufung des Arbeitsgerichts	309
§ 5 Zulassung verspäteter Klagen	310
§ 6 Verlängerte Anrufungsfrist	310
§ 7 Wirksamwerden der Kündigung.....	310
§ 8 Wiederherstellung der früheren Arbeitsbedingungen	310
§ 9 Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Urteil des Gerichts, Abfindung des Arbeitnehmers	310
§ 10 Höhe der Abfindung	311
§ 11 Anrechnung auf entgangenen Zwischenverdienst	311
§ 12 Neues Arbeitsverhältnis des Arbeitnehmers, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	311
§ 13 Außerordentliche, sittenwidrige und sonstige Kündigungen	311
§ 14 Angestellte in leitender Stellung	312
Zweiter Abschnitt – Kündigungsschutz im Rahmen der Betriebsverfassung und Personalvertretung	312
§ 15 Unzulässigkeit der Kündigung.....	312
§ 16 Neues Arbeitsverhältnis, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	313
Dritter Abschnitt – Anzeigepflichtige Entlassungen.....	313
§ 17 Anzeigepflicht	313
§ 18 Entlassungssperre	315
§ 19 Zulässigkeit von Kurzarbeit	315
§ 20 Entscheidungen der Agentur für Arbeit	315
§ 21 Entscheidungen der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit.....	315
§ 22 Ausnahmebetriebe.....	316
Vierter Abschnitt – Schlußbestimmungen.....	316
§ 23 Geltungsbereich	316
§ 24 Anwendung des Gesetzes auf Betriebe der Schifffahrt und des Luftverkehrs.....	316
§ 25 Kündigung in Arbeitskämpfen.....	317
§ 25a Berlin-Klausel	317
§ 26 Inkrafttreten	317

Mindestlohngesetz – MiLoG

Abchnitt 1 – Festsetzung des allgemeinen Mindestlohns	320
Unterabschnitt 1 – Inhalt des Mindestlohns.....	320
§ 1 Mindestlohn.....	320
§ 2 Fälligkeit des Mindestlohns.....	320
§ 3 Unabdingbarkeit des Mindestlohns.....	320
Unterabschnitt 2 – Mindestlohnkommission	321
§ 4 Aufgabe und Zusammensetzung	321
§ 5 Stimmberechtigte Mitglieder.....	321
§ 6 Vorsitz	321
§ 7 Beratende Mitglieder	321
§ 8 Rechtsstellung der Mitglieder	321
§ 9 Beschluss der Mindestlohnkommission.....	322
§ 10 Verfahren der Mindestlohnkommission	322
§ 11 Rechtsverordnung.....	323
§ 12 Geschäfts- und Informationsstelle für den Mindestlohn; Kostenträgerschaft	323

Abschnitt 2 – Zivilrechtliche Durchsetzung.....	323
§ 13 Haftung des Auftraggebers	323
Abschnitt 3 – Kontrolle und Durchsetzung durch staatliche Behörden.....	323
§ 14 Zuständigkeit.....	323
§ 15 Befugnisse der Behörden der Zollverwaltung und anderer Behörden; Mitwirkungspflichten des Arbeitgebers	323
§ 16 Meldepflicht.....	323
§ 17 Erstellen und Bereithalten von Dokumenten.....	325
§ 18 Zusammenarbeit der in- und ausländischen Behörden.....	325
§ 19 Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge.....	326
§ 20 Pflichten des Arbeitgebers zur Zahlung des Mindestlohns.....	326
§ 21 Bußgeldvorschriften.....	326
Abschnitt 4 – Schlussvorschriften	327
§ 22 Persönlicher Anwendungsbereich.....	327
§ 23 Evaluation.....	328
§ 24 Übergangsregelung.....	328

Dritte Mindestlohnanpassungsverordnung – MiLoV3

§ 1 Höhe des Mindestlohns.....	332
§ 2 Inkrafttreten, Außerkrafttreten	332

Nachweisgesetz – NachwG

§ 1 Anwendungsbereich	334
§ 2 Nachweispflicht	334
§ 3 Änderung der Angaben	335
§ 4 Übergangsvorschrift.....	335
§ 5 Unabdingbarkeit.....	335

Pflegezeitgesetz – PflegeZG

§ 1 Ziel des Gesetzes	338
§ 2 Kurzzeitige Arbeitsverhinderung	338
§ 3 Pflegezeit und sonstige Freistellungen.....	338
§ 4 Dauer der Inanspruchnahme	339
§ 4a Erneute Pflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonder- regelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	340
§ 5 Kündigungsschutz.....	340
§ 6 Befristete Verträge.....	340
§ 7 Begriffsbestimmungen	341
§ 8 Unabdingbarkeit.....	341
§ 9 Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	341

Siebttes Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung (Auszug) – SGB VII

Erstes Kapitel – Aufgaben, versicherter Personenkreis, Versicherungsfall.....	344
Erster Abschnitt – Aufgaben der Unfallversicherung.....	344
§ 1 Prävention, Rehabilitation, Entschädigung	344
Zweiter Abschnitt – Versicherter Personenkreis.....	344
§ 2 Versicherung kraft Gesetzes	344
§ 3 Versicherung kraft Satzung.....	347
§ 4 Versicherungsfreiheit.....	348
§ 6 Freiwillige Versicherung.....	349

Dritter Abschnitt – Versicherungsfall	249
§ 7 Begriff	349
§ 8 Arbeitsunfall	349
§ 9 Berufskrankheit	350
§ 11 Mittelbare Folgen eines Versicherungsfalls	353
§ 12a Versicherungsfall einer Leibesfrucht	353
§ 12a Gesundheitsschaden im Zusammenhang mit der Spende von Blut oder körpereigenen Organen, Organteilen oder Gewebe	353
§ 13 Sachschäden bei Hilfeleistungen	353
Zweites Kapitel – Prävention	354
§ 14 Grundsatz	354
§ 15 Unfallverhütungsvorschriften	354
§ 16 Geltung bei Zuständigkeit anderer Unfallversicherungsträger und für ausländische Unternehmen	356
§ 17 Überwachung und Beratung	356
§ 18 Aufsichtspersonen	356
§ 19 Befugnisse der Aufsichtspersonen	356
§ 20 Zusammenarbeit mit Dritten	357
§ 21 Verantwortung des Unternehmers, Mitwirkung der Versicherten	358
§ 22 Sicherheitsbeauftragte	359
§ 23 Aus- und Fortbildung	359
§ 24 Überbetrieblicher arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Dienst	359
Drittes Kapitel – Leistungen nach Eintritt eines Versicherungsfalls	360
Erster Abschnitt – Heilbehandlung, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen, Pflege, Geldleistungen	360
Erster Unterabschnitt – Anspruch und Leistungsarten	360
§ 26 Grundsatz	360
Zweiter Unterabschnitt – Heilbehandlung	361
§ 27 Umfang der Heilbehandlung	361
§ 28 Ärztliche und zahnärztliche Behandlung	361
§ 29 Arznei- und Verbandmittel	361
§ 30 Heilmittel	361
§ 31 Hilfsmittel	361
§ 32 Häusliche Krankenpflege	362
§ 33 Behandlung in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen	362
§ 34 Durchführung der Heilbehandlung	362
Dritter Unterabschnitt – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	363
§ 35 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	363
Vierter Unterabschnitt – Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen	364
§ 39 Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen	364
§ 40 Kraftfahrzeughilfe	364
§ 41 Wohnungshilfe	364
§ 42 Haushaltshilfe und Kinderbetreuungskosten	364
§ 43 Reisekosten	365
Fünfter Unterabschnitt – Leistungen bei Pflegebedürftigkeit	365
§ 44 Pflege	365
Sechster Unterabschnitt – Geldleistungen während der Heilbehandlung und der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	366
§ 45 Voraussetzungen für das Verletztengeld	366
§ 46 Beginn und Ende des Verletztengeldes	366
§ 47 Höhe des Verletztengeldes	367

§ 47a	Beitragszahlung der Unfallversicherungsträger an berufsständische Versorgungseinrichtungen und private Krankenversicherungen	368
§ 48	Verletztengeld bei Wiedererkrankung	368
§ 49	Übergangsgeld	368
§ 50	Höhe und Berechnung des Übergangsgeldes	369
§ 52	Anrechnung von Einkommen auf Verletzten- und Übergangsgeld	369
Zweiter Abschnitt – Renten, Beihilfen, Abfindungen		369
Erster Unterabschnitt – Renten an Versicherte		369
§ 56	Voraussetzungen und Höhe des Rentenanspruchs	369
§ 57	Erhöhung der Rente bei Schwerverletzten	370
§ 58	Erhöhung der Rente bei Arbeitslosigkeit	370
§ 59	Höchstbetrag bei mehreren Renten	370
§ 60	Minderung bei Heimpflege	370
§ 62	Rente als vorläufige Entschädigung	370
Dritter Unterabschnitt – Beginn, Änderung und Ende von Renten		370
§ 72	Beginn von Renten	370
§ 73	Änderungen und Ende von Renten	371
§ 74	Ausnahmeregelungen für die Änderung von Renten	371
Vierter Unterabschnitt – Abfindung		371
§ 75	Abfindung mit einer Gesamtvergütung	371
§ 76	Abfindung bei Minderung der Erwerbsfähigkeit unter 40 vom Hundert	372
§ 77	Wiederaufleben der abgefundenen Rente	372
§ 78	Abfindung bei Minderung der Erwerbsfähigkeit ab 40 vom Hundert	372
§ 79	Umfang der Abfindung	372
§ 80	Abfindung bei Wiederheirat	372
Dritter Abschnitt – Jahresarbeitsverdienst		373
Erster Unterabschnitt – Allgemeines		373
§ 81	Jahresarbeitsverdienst als Berechnungsgrundlage	373
Zweiter Unterabschnitt – Erstmalige Festsetzung		373
§ 82	Regelberechnung	373
§ 83	Jahresarbeitsverdienst kraft Satzung	374
§ 84	Jahresarbeitsverdienst bei Berufskrankheiten	374
§ 85	Mindest- und Höchstjahresarbeitsverdienst	374
§ 87	Jahresarbeitsverdienst nach billigem Ermessen	375
§ 88	Erhöhung des Jahresarbeitsverdienstes für Hinterbliebene	375
§ 89	Berücksichtigung von Anpassungen	375
Dritter Unterabschnitt – Neufestsetzung		375
§ 90	Neufestsetzung nach Altersstufen	375
§ 91	Neufestsetzung nach Schul- oder Berufsausbildung	375
Vierter Abschnitt – Mehrleistungen		376
§ 94	Mehrleistungen	376
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften für Leistungen		376
§ 95	Anpassung von Geldleistungen	376
§ 96	Fälligkeit, Auszahlung und Berechnungsgrundsätze	377
§ 97	Leistungen ins Ausland	378
§ 98	Anrechnung anderer Leistungen	378
§ 101	Ausschluß oder Minderung von Leistungen	378
§ 102	Schriftform	379
§ 103	Zwischennachricht, Unfalluntersuchung	379

Viertes Kapitel – Haftung von Unternehmern, Unternehmensangehörigen und anderen Personen	379
Erster Abschnitt – Beschränkung der Haftung gegenüber Versicherten, ihren Angehörigen und Hinterbliebenen	379
§ 104 Beschränkung der Haftung der Unternehmer	379
§ 105 Beschränkung der Haftung anderer im Betrieb tätiger Personen	379
§ 106 Beschränkung der Haftung anderer Personen	380
§ 108 Bindung der Gerichte	380
§ 109 Feststellungsberechtigung von in der Haftung beschränkten Personen	380
Zweiter Abschnitt – Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern	380
§ 110 Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern	380
§ 111 Haftung des Unternehmens	381
§ 112 Bindung der Gerichte	381
§ 113 Verjährung	381
Fünftes Kapitel – Organisation	381
Erster Abschnitt – Unfallversicherungsträger	381
§ 114 Unfallversicherungsträger	381
Vierter Unterabschnitt – Gemeinsame Vorschriften über die Zuständigkeit	382
§ 130 Örtliche Zuständigkeit	382
§ 131 Zuständigkeit für Hilfs- und Nebenunternehmen	383
§ 132 Zuständigkeit für Unfallversicherungsträger	383
§ 133 Zuständigkeit für Versicherte	383
§ 134 Zuständigkeit bei Berufskrankheiten	383
§ 135 Versicherung nach mehreren Vorschriften	383
§ 136 Bescheid über die Zuständigkeit, Begriff des Unternehmers	384
§ 137 Wirkung von Zuständigkeitsänderungen	385
§ 138 Unterrichtung der Versicherten	386
§ 139 Vorläufige Zuständigkeit	386
§ 139a Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland	386
Dritter Abschnitt – Weitere Versicherungseinrichtungen	387
§ 140 Haftpflicht- und Auslandsversicherung	387
§ 141 Träger der Versicherungseinrichtungen, Aufsicht	387
Sechstes Kapitel – Aufbringung der Mittel	387
Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften	387
Erster Unterabschnitt – Beitragspflicht	387
§ 150 Beitragspflichtige	387
§ 151 Beitragserhebung bei überbetrieblichen arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Diensten	388
Zweiter Abschnitt – Beziehungen der Unfallversicherungsträger zu Dritten	388
§ 191 Unterstützungspflicht der Unternehmer	388
§ 192 Mitteilungs- und Auskunftspflichten von Unternehmern und Bauherren	388
§ 193 Pflicht zur Anzeige eines Versicherungsfalls durch die Unternehmer	389
§ 195 Unterstützungs- und Mitteilungspflichten von Kammern und der für die Erteilung einer Gewerbe- oder Bauerlaubnis zuständigen Behörden	390
Achtes Kapitel – Datenschutz	390
Erster Abschnitt – Grundsätze	390
§ 199 Verarbeitung von Daten durch die Unfallversicherungsträger	390
§ 200 Einschränkung der Übermittlungsbefugnis	391
Zweiter Abschnitt – Datenverarbeitung durch Ärzte	391
§ 201 Erhebung, Speicherung und Übermittlung von Daten durch Ärzte und Psychotherapeuten	391
§ 202 Anzeigepflicht von Ärzten bei Berufskrankheiten	391

§ 203	Auskunftspflicht von Ärzten.....	392
Vierter Abschnitt – Sonstige Vorschriften.....		392
§ 206	Verarbeitung von Daten für die Forschung zur Bekämpfung von Berufskrankheiten	392
§ 207	Verarbeitung von Daten zur Verhütung von Versicherungsfällen und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren	393
Neuntes Kapitel – Bußgeldvorschriften		393
§ 209	Bußgeldvorschriften.....	393
§ 210	Zuständige Verwaltungsbehörde	394
§ 211	Zusammenarbeit bei der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten.....	394
Zehntes Kapitel – Übergangsrecht		395
§ 219a	Altersrückstellungen	395

Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Auszug) – SGB IX

Teil 1 – Regelungen für Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen.....		398
Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften		398
§ 2	Begriffsbestimmungen	398
Kapitel 10 – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben		398
§ 49	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Verordnungsermächtigung	398
§ 50	Leistungen an Arbeitgeber	400
§ 51	Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation	401
§ 52	Rechtsstellung der Teilnehmenden	401
§ 53	Dauer von Leistungen.....	401
§ 54	Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit.....	402
§ 55	Unterstützte Beschäftigung.....	402
§ 56	Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen.....	403
§ 57	Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich.....	403
§ 58	Leistungen im Arbeitsbereich.....	404
§ 60	Andere Leistungsanbieter	405
§ 61	Budget für Arbeit	405
§ 61a	Budget für Ausbildung	406
§ 62	Wahlrecht des Menschen mit Behinderungen.....	406
§ 63	Zuständigkeit nach den Leistungsgesetzen.....	406
Kapitel 11 – Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen		407
§ 64	Ergänzende Leistungen	407
§ 65	Leistungen zum Lebensunterhalt	408
§ 66	Höhe und Berechnung des Übergangsgelds.....	409
§ 67	Berechnung des Regelentgelts	409
§ 68	Berechnungsgrundlage in Sonderfällen	410
§ 69	Kontinuität der Bemessungsgrundlage	410
§ 70	Anpassung der Entgeltersatzleistungen.....	411
§ 71	Weiterzahlung der Leistungen	411
§ 72	Einkommensanrechnung	412
Teil 2 – Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen (Eingliederungshilferecht).....		412
Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften		412
§ 97	Fachkräfte.....	412
Kapitel 4 – Teilhabe am Arbeitsleben		413
§ 111	Leistungen zur Beschäftigung.....	413

Teil 3 – Besondere Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen (Schwerbehindertenrecht)	413
Kapitel 1 – Geschützter Personenkreis	413
§ 151 Geltungsbereich	413
Kapitel 2 – Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber	414
§ 154 Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen	414
§ 155 Beschäftigung besonderer Gruppen schwerbehinderter Menschen	414
§ 156 Begriff des Arbeitsplatzes	415
§ 157 Berechnung der Mindestzahl von Arbeitsplätzen und der Pflichtarbeitsplatzzahl	415
§ 158 Anrechnung Beschäftigter auf die Zahl der Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen	415
§ 159 Mehrfachanrechnung	416
§ 160 Ausgleichsabgabe	416
§ 161 Ausgleichsfonds	418
§ 162 Verordnungsermächtigungen	418
Kapitel 3 – Sonstige Pflichten der Arbeitgeber; Rechte der schwerbehinderten Menschen	419
§ 163 Zusammenwirken der Arbeitgeber mit der Bundesagentur für Arbeit und den Integrationsämtern	419
§ 164 Pflichten des Arbeitgebers und Rechte schwerbehinderter Menschen	420
§ 165 Besondere Pflichten der öffentlichen Arbeitgeber	421
§ 166 Inklusionsvereinbarung	421
§ 167 Prävention	422
Kapitel 4 – Kündigungsschutz	422
§ 168 Erfordernis der Zustimmung	422
§ 169 Kündigungsfrist	422
§ 170 Antragsverfahren	422
§ 171 Entscheidung des Integrationsamtes	422
§ 172 Einschränkungen der Ermessensentscheidung	423
§ 173 Ausnahmen	423
§ 174 Außerordentliche Kündigung	424
§ 175 Erweiterter Beendigungsschutz	424
Kapitel 5 – Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrat, Schwerbehindertenvertretung, Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers	425
§ 176 Aufgaben des Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrates	425
§ 178 Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung	425
§ 181 Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers	426
§ 182 Zusammenarbeit	426
Kapitel 6 – Durchführung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen	427
§ 185a Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber	427
Kapitel 7 – Integrationsfachdienste	427
§ 192 Begriff und Personenkreis	427
§ 193 Aufgaben	428
Kapitel 8 – Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter und gleichgestellter behinderter Menschen	429
§ 199 Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen	429
§ 200 Entziehung der besonderen Hilfen für schwerbehinderte Menschen	429
Kapitel 10 – Sonstige Vorschriften	429
§ 205 Vorrang der schwerbehinderten Menschen	429
§ 206 Arbeitsentgelt und Dienstbezüge	429
§ 207 Mehrarbeit	430
§ 208 Zusatzurlaub	430
§ 209 Nachteilsausgleich	430
§ 210 Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Heimarbeit	430

Kapitel 11 – Inklusionsbetriebe.....	431
§ 215 Begriff und Personenkreis.....	431
§ 216 Aufgaben.....	432
Kapitel 12 – Werkstätten für behinderte Menschen.....	432
§ 223 Anrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe.....	432
Kapitel 14 – Straf-, Bußgeld- und Schlussvorschriften	432
§ 237a Strafvorschriften.....	432
§ 237b Strafvorschriften.....	432
§ 238 Bußgeldvorschriften.....	433
§ 241 Übergangsregelung	433

Strafgesetzbuch (Auszug) – StGB

Besonderer Teil	438
Siebenter Abschnitt – Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	438
§ 131 Gewaltdarstellung	438
Zehnter Abschnitt – Falsche Verdächtigung	438
§ 164 Falsche Verdächtigung	438
Dreizehnter Abschnitt – Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	438
§ 174 Sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen	438
§ 177 Sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung.....	439
§ 180 Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger	440
§ 182 Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen.....	441
§ 184i Sexuelle Belästigung.....	441
§ 184k Verletzung des Intimbereichs durch Bildaufnahmen	441
Vierzehnter Abschnitt – Beleidigung.....	442
§ 185 Beleidigung.....	442
§ 186 Üble Nachrede.....	442
§ 187 Verleumdung	442
Fünfzehnter Abschnitt – Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs	442
§ 201 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes.....	442
§ 201a Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs und von Persönlichkeitsrechten durch Bildaufnahmen	443
Siebzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit	444
§ 223 Körperverletzung.....	444
§ 224 Gefährliche Körperverletzung	444
§ 225 Mißhandlung von Schutzbefohlenen	444
Achtzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die persönliche Freiheit.....	444
§ 238 Nachstellung.....	444
§ 240 Nötigung.....	445
§ 241 Bedrohung	446

Teilzeit- und Befristungsgesetz – TzBfG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften Teilzeit- und Befristungsgesetz	448
§ 1 Zielsetzung	448
§ 2 Begriff des teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmers.....	448
§ 3 Begriff des befristet beschäftigten Arbeitnehmers.....	448
§ 4 Verbot der Diskriminierung.....	448
§ 5 Benachteiligungsverbot	449

Zweiter Abschnitt – Teilzeitarbeit.....	449
§ 6 Förderung von Teilzeitarbeit.....	449
§ 7 Ausschreibung; Erörterung; Information über freie Arbeitsplätze	449
§ 8 Zeitlich nicht begrenzte Verringerung der Arbeitszeit.....	449
§ 9 Verlängerung der Arbeitszeit.....	450
§ 9a Zeitlich begrenzte Verringerung der Arbeitszeit	450
§ 10 Aus- und Weiterbildung.....	451
§ 11 Kündigungsverbot.....	451
§ 12 Arbeit auf Abruf	451
§ 13 Arbeitsplatzteilung	452
Dritter Abschnitt – Befristete Arbeitsverträge.....	453
§ 14 Zulässigkeit der Befristung.....	453
§ 15 Ende des befristeten Arbeitsvertrages	454
§ 16 Folgen unwirksamer Befristung	454
§ 17 Anrufung des Arbeitsgerichts	454
§ 18 Information über unbefristete Arbeitsplätze	454
§ 19 Aus- und Weiterbildung.....	454
§ 20 Information der Arbeitnehmervertretung	454
§ 21 Auflösend bedingte Arbeitsverträge	454
Vierter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften.....	455
§ 22 Abweichende Vereinbarungen	455
§ 23 Besondere gesetzliche Regelungen.....	455

Verordnung über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen – SonntVerkV

§ 1	458
§ 2 (aufgehoben)	458
§ 3	458

Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (Auszug) – ArbMedVV

§ 1 Ziel und Anwendungsbereich	460
§ 2 Begriffsbestimmungen	460
§ 3 Allgemeine Pflichten des Arbeitgebers	460
§ 4 Pflichtvorsorge.....	461
§ 5 Angebotsvorsorge	461
§ 5a Wunschvorsorge.....	461
§ 6 Pflichten des Arztes oder der Ärztin.....	462
§ 7 Anforderungen an den Arzt oder die Ärztin	462
§ 8 Maßnahmen nach der arbeitsmedizinischen Vorsorge	463
§ 9 Ausschuss für Arbeitsmedizin	463
§ 10 Ordnungswidrigkeiten und Straftaten	464